

„Gefordert ist eine zielgenaue, auf den Schulalltag ausgerichtete Lehrkräfteausbildung“

Expertengespräch mit

Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Professur für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen und Vorsitzender des Zentrums für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS) und
StR Dr. Marco Rehm, kommissarischer Geschäftsführer am Zentrum für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS)

Wir haben in einem Index abgebildet, wie die ökonomische Bildung in den einzelnen Bundesländern in der Schule und in der Lehrerbildung verankert ist. In diesem Index entsprechen 100 Prozent den Werten für ein normales Nebenfach. Die ökonomische Bildung in Nordrhein-Westfalen kommt auf 50 Prozent. Entspricht das auch Ihrem Eindruck? Bitte erläutern Sie Ihren Eindruck.

Das ist auch unser Eindruck. Aufgrund der möglichen Schwerpunktsetzung im Bereich „Wirtschaft“ im Fach Sozialwissenschaften und der Schwerpunktbildung, die durch die schulinternen Curricula möglich sind, werden die quantitativen Anteile der ökonomischen Bildung zwischen einzelnen Schulen aber stark variieren. Häufig stehen die Lehrkräfte wohl eher der Politik- als der Wirtschaftswissenschaft nahe – was auch mit der Ausbildung an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfSL) liegt. Die Lehrkräfte nehmen für sich aber dennoch in Anspruch, genuin ökonomische Bildung zu vermitteln. In der Konsequenz wird dann aber oft methodisch Politikunterricht anhand ökonomischer Inhalte erteilt, was aber etwas anderes ist als grundständige ökonomische Bildung.

Wie schätzen Sie den wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftsdidaktischen Kenntnisstand der derzeit in Nordrhein-Westfalen tätigen Lehrpersonen ein, die ein wirtschaftsaffines Fach (z. B. Wirtschaft-Politik) unterrichten?

Wir denken, dass gerade junge Lehrkräfte mit drei unterschiedlichen Fächern im Lehramt Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft), neben ihrem weiteren Unterrichtsfach und den Bildungswissenschaften, überfordert sind und nicht selten mit wenig wirtschaftswissen-

schaftlicher Kenntnis in den Vorbereitungsdienst gehen. Darunter leiden am Ende aber nicht nur die ökonomischen Anteile, sondern auch die politikwissenschaftlichen und die soziologischen. Oft bleibt vielen Lehrkräften nichts anderes übrig, als sich viele Inhalte und fachliche Methoden während des Berufslebens selbst anzueignen.

Die Fachlichkeit von Sozialwissenschaft-Lehrkräften würden wir daher unterhalb der von Lehrerinnen und Lehrern von naturwissenschaftlichen Fächern, Sprachen oder beispielsweise der Geschichtswissenschaft einordnen. Entsprechend sind bei den Schülerinnen und Schülern Politik-Wirtschaft und Sozialwissenschaften häufig als einfache „Lagerfächer“ verpönt, für die man sich wenig anstrengen muss und für die es reicht, Texte lesen und seine Meinung formulieren zu können. Das hat wenig mit ökonomischer aber auch nicht mit politischer Kompetenz zu tun.

Wo sehen Sie in Nordrhein-Westfalen Handlungsbedarfe hinsichtlich der Verankerung der ökonomischen Bildung in den Schulen?

Verbesserungsbedarf besteht unter anderem bei der Stellenbesetzung in den Schulen: Auch wenn eine Fachschaft Sozialwissenschaften den Schwerpunkt Wirtschaft anbieten will und es an ökonomisch gut ausgebildeten Lehrkräften in der Fachschaft nicht mangelt, kann sich die Fachschaft zum einen kaum gegen Versetzungen von Sozialwissenschaftslehrkräften von anderen Schulen sperren, wenn die Schulaufsicht und die Schulleitung der Versetzung zustimmen. Dann ist aber nicht sichergestellt, ob die Lehrkraft den entsprechenden Wirtschaftsschwerpunkt

mitträgt. Zum anderen kann sich eine Fachschaft meistens auch nicht gegen die Einstellung von neuen Lehrkräften verwehren, die die Sichtweise der Fachschaft voraussichtlich nicht unterstützen wird. Wenn also beispielsweise eine Stelle mit dem Fach Mathematik und einem weiteren beliebigen Fach ausgeschrieben ist, dann darf (bedauerlicherweise) das Profil eines/einer Bewerber/in, die Sozialwissenschaften als weiteres Fach unterrichtet, kein Kriterium für die Einstellung sein. Überdies: Auch wenn eine Fachschaft Sozialwissenschaften einen Wirtschaftsschwerpunkt im schulinternen Curriculum festlegt, sind Lehrkräfte, die sich nicht an dieses Schulcurriculum halten, kaum zu sanktionieren, da der eigentliche Dienstherr die zuständige Bezirksregierung ist und sich die Schulleitungen üblicherweise nicht in die Fachschaftsarbeit einmischen. Folglich entscheiden die Lehrkräfte in einem bestimmten Maße selbst, was und wie sie unterrichten. Oft werden die schulinternen Curricula ohnehin nur als „Papier für die Bezirksregierung“ angesehen.

Wo sehen Sie in Nordrhein-Westfalen Handlungsbedarfe hinsichtlich der Wirtschaftslehrkräftebildung?

Ökonomische *Inhalte* gibt es in den entsprechenden Curricula viele. Wichtig wäre, dass diese und weitere gesellschaftliche Themen auch unter einer *ökonomischen Perspektive* unterrichtet werden, die Lehrkräfte also ökonomische Methoden anwenden und zur Problemlösung einsetzen können. Hier würde die Etablierung eines eigenständigen Lehramts-Studienfachs Wirtschaft bzw. Wirtschaft-Politik an Universitäten fraglos Abhilfe schaffen.

Gibt es besondere Rahmenbedingungen für die ökonomische Bildung in Nordrhein-Westfalen, die im Vergleich zu anderen Bundesländern erwähnenswert sind? Falls ja, welche sind das?

Spezifisch in Nordrhein-Westfalen ist die Rahmenvorgabe für die Sekundarstufe I von 2004, die besagt, dass die ökonomische Bildung eine Querschnittsaufgabe aller Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs ist – also auch der Fächer Erdkunde und Geschichte. Diese Rahmenvorgabe sollte damals die ökonomische Bildung stärken, ohne dass curriculare Veränderungen nötig sind. Die Rahmenvorgabe wird aber von den Lehrkräften anderer Fächer wohl weitgehend ignoriert. Positiv zu erwähnen ist zudem die Möglichkeit der Schwerpunktbildung im Bereich Wirtschaft innerhalb des Faches Wirtschaft-Politik (Sekundarstufe I) bzw. Sozialwissenschaften (Sekundarstufe II). Die konkrete Umsetzung hängt – wohl auch aufgrund fehlender ökonomisch gut ausgebildeter Lehrkräfte in

der Breite und den oben genannten institutionellen Hürden – häufig vom Zufall ab.

In Nordrhein-Westfalen wurde die ökonomische Bildung in der Schule gestärkt. Inwieweit und inwiefern entsprechen diese Reformen Ihren Erwartungen?

Diese Änderungen waren kein wirklicher Neuanfang – dafür sind die Widerstände in den Kollegien und den Schulbehörden zu groß. Dies wurde unter anderem deutlich, als wir die Akzeptanz der Kernlehrplanreform von 2019 wissenschaftlich begleiteten. Ein wichtiges Ergebnis war, dass viele befragte Lehrkräfte in gewissem Maße gegen den Kern der Reform, nämlich die Ausweitung der ökonomischen Inhalte, „anunterrichten“ wollten. Ein Anfang in die richtige Richtung ist allerdings gemacht. Jedoch: Solange sich an der Lehrerbildung nichts substantiell ändert, wird sich am Fach de facto ebenfalls nichts ändern.

„Es fehlt aus unserer Sicht die gesellschaftliche Akzeptanz des Faches als eigenständige und wertvolle Perspektive zur Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene.“

Welche Anpassungsbedarfe bei der Wirtschaftslehrkräftebildung ergeben sich aus Ihrer Sicht aus den schulischen Reformen?

Gefordert ist eine zielgenaue, auf den schulischen Alltag ausgerichtete Ausbildung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer. Hierzu gehört eine Ausbildung, die eigenständig (also unabhängig von der fachwissenschaftlichen Ausbildung angehender Volks- und Betriebswirte), aber zugleich auf der Höhe des derzeitigen wissenschaftlichen Standes konzipiert ist. Dabei sollten auch Inhalte jenseits des neoklassischen Verhaltensmodells in den Blick genommen werden, um so plurale und multiperspektivische Sichtweisen zu fördern, um die angehenden Lehrkräfte dazu zu befähigen, auch gesellschaftliche und nicht nur rein wirtschaftliche Problemstellungen unter einer ökonomischen Perspektive unterrichten zu können. Zudem bedarf es der Vermittlung konkreter wirtschafts- und sozialpolitischer Strategien und Konzepte, an der Schnittstelle von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Lehrpläne für das Fach Wirtschaft-Politik an Gymnasien und an Gesamt- und Sekundarschulen umfassen ungefähr zur Hälfte ökonomische Inhalte und zur Hälfte Inhalte aus anderen Sozialwissenschaften (insbesondere Politikwissenschaften). Wie schätzen Sie die Verteilung ökonomischer und nicht-ökonomischer Inhalte im realen Unterricht in diesem Fach ein?

Wie oben schon dargelegt, wird dies von Schule zu Schule stark variieren, da die Fachschaften innerhalb der Schulen mit dem schulinternen Curriculum für ihr Fach und de facto auch die

Lehrkräfte sehr große Spielräume für eigene Schwerpunktsetzungen inhaltlicher und methodischer Art haben.

Möchten Sie zur Verankerung der ökonomischen Bildung in Nordrhein-Westfalen noch etwas ergänzen?

Es fehlt aus unserer Sicht die gesellschaftliche Akzeptanz des Faches als eigenständige und wertvolle Perspektive zur Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene. Bei vielen sitzt das Vorurteil sehr tief, dass Ökonomik gleichzusetzen ist mit den Interessen der Unternehmen und unmoralischem Gewinnstreben. Die

Einführung des Schulfachs Wirtschaft-Politik, aber insbesondere die bessere Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, könnte hier – auch mit Blick auf die Akzeptanz in der Elternschaft – positiv wirken.

Vielen Dank für das Gespräch.

Stand: Juli 2021



Prof. Dr. Nils Goldschmidt

*Professur für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung,
Universität Siegen*

Vorsitzender des Zentrums für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS)
Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V.



StR. Dr. Marco Rehm

kommissarischer Geschäftsführer am Zentrum für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS)

Abgeordneter Lehrer und kommissarischer Geschäftsführer am Zentrum für ökonomische Bildung in Siegen (ZÖBIS)